

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 11/56. Jahrgang

November 2025

Schutzgebühr: 0,40 €

Winter – soziale Kälte in Hessen

Während der Bundestag den Sozialabbau vorantreibt und mit dem Beschluss zur „Neuen Grundsicherung“ die mögliche Sanktionierung von Arbeitslosen verschärft, steigt in Hessen die Zahl der Wohnungslosen weiter an. Der Wohlfahrtsverband „Der Paritätische Hessen“ wies in einer Pressemitteilung darauf hin, dass im Vergleich zum Jahre 2024 nicht mehr 26.000, sondern inzwischen 29.000 Wohnungslose in Hessen registriert seien. Die Dunkelziffer liege aber deutlich höher, da nur Menschen, die in Notunterkünften untergekommen sind, mitgezählt würden. Besonders alarmierend sei der Anstieg unter den wohnungslosen Kindern und Jugendlichen. Ihre Anzahl stieg demnach von 7.280 auf 8.385.

Der Verband fordert die Politik



Frieren für die Kriegstüchtigkeit

dazu auf, mehr Hilfe für die Betroffenen zu leisten. Er fordert Maßnahmen zur besseren gesundheitlichen Versorgung und zur Unterstützung

bei der Suche nach Wohnraum. Die oben beschriebene Entscheidung der Bundesregierung wird diese Negativentwicklung allerdings noch weiter befeuern, da Grundsicherungsempfänger in Zukunft relativ schnell ihren Anspruch auf Übernahme der Mietkosten verlieren können. Wir sollen also in jeden noch so beschissenen Job gezwungen werden oder wir landen eben auf der Straße. Bei steigenden oder bestenfalls stagnierenden Arbeitslosenzahlen droht man denjenigen, die noch in Arbeit sind, mit Verlust der Existenz und bürdet ihnen gleichzeitig immer schlechtere Arbeitsbedingungen auf. „Blackrock-Merz“ möchte schließlich, dass die Deutschen mal wieder „in die Hände spucken“.

Ma.La.

GSF – das Wahlbündnis	S. 2
Kurz und Gießen – Kal, mei Drobbe!	S. 3
Bundeswehr nach Gießen?	S. 4
Friedenspreise für eine Putschistin und einen Kriegshetzer	S. 5
Krankenkassenbeiträge und Kosten für Personalausweis steigen	S. 6
Ausnahmezustand Spannungsfall und Krieg	S. 6
Kriegspropaganda	S. 7



Gießen - sozial und friedentüchtig
Gießen braucht es und wir sind bereit

 **Kommunalwahl am 15. März 2026**

Ab dieser Ausgabe des Echos stellen wir das **Wahlbündnis GSF**, seine Ziele, Inhalte und Kandidatinnen

und Kandidaten vor, das zur Kommunalwahl am 15. März 2026 in Gießen antreten wird.

Für Frieden und Sozialismus! DKP

GSF – „Was ist denn das?“



Das Wahlbündnis „Gießen – sozial und friedentüchtig“ (GSF) ist eine Alternative zu den bestehenden Parteien und Gruppen im Stadtparlament.

Am 9. Oktober 2025 wählen die Mitglieder 22 Kandidatinnen und Kandidaten, die am 15. März 2026 zu den Kommunalwahlen antreten. Sie werden Schwung in die Opposition bringen. Seitdem die Linke zur Regierungskoalition und zu den Ja-Sagern gehört, hat der Widerstand im Parlament gegen unsoziale

Maßnahmen rapide abgenommen. Und die Sparmaßnahmen werden angesichts der unermesslichen 500 Mrd. (500.000.000.000) Euro Verschuldung der CDU-SPD-Regierung für Rüstung und die Verzin-sung in den Städten und Gemein-den verschärft.

Den **Widerstand** gegen die Sparschwein-Politik **in das Parla-ment** zu bringen und gleichzeitig mitzuhelfen, den **Druck auf der Straße zu erhöhen**, ist unser Ziel. Dafür treten die Kandidatinnen und Kandidaten in ihrem Wahlpro-gramm ein. Mario Berger

1	Martina Lennartz
2	Zoë Langner
3	Emilia Seelig
4	Karl Georg Gierth
5	Helmut Appel
6	Erika Beltz
7	Henning Mächerle
8	Werner Janik
9	Gernot Linhart
10	Mario Berger
11	Barbara Wolff
12	Toni Geisberger
13	Gunter Geis
14	Ünal Tümer
15	Tatjana Thum
16	Michael Drees
17	Axel Brück
18	Max Lambeck
19	Michael Beltz
20	Egon Momberger
21	Asis Hasan
22	Werner Ortmüller

Für ein echtes NIE WIEDER

**Zusammen
gegen
Krieg**



Unterstützungsunterschriften:

Aber zunächst sammeln wir Un-terschriften, um an den Wahlen am 15.3.2026 teilnehmen zu dür-fen. Dafür folgenden Link folgen:

www.giessen.dkp.de/gsf-giessen

Unterschriften bitte am Infostand oder bei uns persönlich abgeben. Schreibe uns eine E-Mail, um mit uns einen Treffpunkt zu vereinba-ren. Vielen Dank.

Sa. 22.11. ab 10:30 Uhr:

Infostand Wahlbündnis GSF –
Seltersweg am Kugelbrunnen

E-Mail: gsf-giessen@web.de

Vortrag Ulrike Eifler



Am 7.10. in der Kongresshalle:
„Zeitenwende – Ein Frontalangriff auf die Interessen der Beschäftigten“ mit Ulrike Eifler; Link zum Film: <https://youtu.be/n-UJ1-KMm3A>

Demonstration Buderus Wetzlar



Am 9.10. in Wetzlar: Mitglieder der DKP sind in betrieblichen Kämpfen aktiv. In Wetzlar wurden mit Hessens letztem Stahlwerk auch rund 450 tarifgebundene und mitbestimmte Industriearbeitsplätze symbolisch zu Grabe getragen. Siehe auch: <https://www.unsere-zeit.de/der-sensenmann-schreitet-voran-4808425/>



Vor den Kommunalwahlen: Ankündigungsgeschwätz – aber wenig Wohnungen

„36 neue Wohnungen in der Gießener Weststadt...“ lautet ein Artikel in der Gießener Presse, ein weiterer „91 Wohnungen in der Rodheimer Straße“ und „Startschuss für 64 neue Wohnungen in Gießen“ in der Marburger Straße.

Die Freude dauert beim Weiterlesen nicht lange: „...bis Ende 2026“, für „später“ oder „in anderthalb Jahren“ wird die Fertigstellung im Text angekündigt. „Später“ heißt wohl irgendwann nach den Kommunalwahlen, wenn überhaupt. Dass vor dem Legen der Eier gegackert wird, kommt in der Natur nicht vor – nur beim Magistrat.

Vorgetäuschte Aktivität soll vergessen lassen, dass die Bilanz der

Grüne-SPD-Linke-Stadtregierung im Wohnungsbau – wie bei den Vorgängern – miserabel ist. 750 Wohnungen im Sozialbereich waren 2021 angekündigt worden. Bezahlbarer Wohnraum wurde selten fertiggestellt. Da muss sich die Stadtregierung mit den geringen Planungen ihrer Vorgänger brüsten, die jetzt fertig gestellt werden. Ein Versuch, der vermehrten Kritik am Wohnungsdesaster den Zahn zu ziehen.

6.000 Wohnungssuchende allein bei der Wohnbau sind sicherlich nicht über Nacht aufgetreten, sondern durch fehlende und falsche Wohnungsbaupolitik entstanden.

Und die private Immobilienbranche wurde durch die grüne Wohnungspolitik gehätschelt, ohne dass Sozialwohnungen freiwillig entstanden wären – seltsam.

M. Berger



BI Schwanenteich

Inzwischen hat die Bürgerinitiative „Rettet die Bäume am Schwanenteich“ mit ihrer zweiten Führung am Schwanenteich die praktische Öffentlichkeitsarbeit gestartet. Dietmar Jürgens von der HGON, Biologe und langjähriger Beobachter der Vogelwelt an den Teichen, erklärte über zwanzig Interessierten die Veränderungen in den Tierpopulationen seit den massiven Kahlschlägen für die Landesgartenschau 2014. Besonders ging

er auf die ungewisse Zukunft des Wegeteils ein, der von der Stadt für Spaziergänger gesperrt wurde und seinem Schicksal überlassen wird – und der sogar mutwillig mit einem Durchstich zerstört wurde. Das große Interesse der Beteiligten zeigte, dass sachliche Aufklärung der richtige Weg ist, um die Kahlschlagpläne der Stadt zu stoppen.

Weitere Infos auf:
www.bi-schwanenteich.de

Vom Gießener Magistrat vergackeiert...

...kommt sich die Bürgerinitiative (BI) „Rettet die Bäume am Schwanenteich“ vor, die dafür kämpft, dass der amtlich gesperrte Weg zwischen Brücke und THM in einen ordentlichen Zustand versetzt und für die Gießener endlich wieder geöffnet wird. Da macht sich die BI Gedanken, organisiert Gespräche mit den Fraktionen im Stadtparlament und mit dem Gartenamt und stellt Verbindungen zu einer Fachfirma her, die den Weg ohne Fällung praktisch sämtlicher Uferbäume reparieren würde. Aber die grüne Frontfrau des Magistrats, Weigel-Greilich, will davon nichts wissen.

Jetzt hat der Leiter des Gartenamtes, mitverantwortlich für die Kahlschläge zur Landesblüchenshow 2014, kundgetan, dass nach Ablauf der Schonfrist im Dezember noch keine Bäume gefällt werden. Erst im Herbst 2026! Was aber passiert, wenn er die Anweisung von seiner grünen Vorgesetzten zum Fällen der Bäume erhält?

Die Bürgerinitiative sollte vorsichtig sein. Schon oft wurde sie von Verantwortlichen der Stadt „hinter die Fichte geführt“. Eine schriftliche Stellungnahme vom Magistrat dazu ist dringend erforderlich!

Mario Berger



Bundeswehr nach Gießen?

Manuela Giorgis (FDP) will Infostände der Bundeswehr bei städtischen Veranstaltungen. Der Magistrat soll sie einladen, „vor Ort für den Dienst am Land zu werben [...] vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Lage und der stark gestiegenen Bedeutung der Wehrfähigkeit.“ Oberbürgermeister Becher gibt sich in seiner Antwort moderat und stimmt nicht mit ein in das Kriegsgeschrei der Berliner Hetzer, Scharfmacher und Russenfresser. Er beschränkt sich auf „zunehmende Krisenlagen“ und lenkt den Fokus auf die mögliche Rolle der Bundeswehr bei der Gefahrenabwehr. Er will sie zu einem „Tag der Gefahrenabwehr“, wie ihn zuletzt der Landkreis Kassel durchgeführt hat, einladen.

Wir wollen das nicht! All dies ebnet den Weg für den Einsatz der Armee im Inneren, ist

Vorbereitung für den bereits von CDU-Politikern geforderten „Spannungsfall“, der faktisch die Aufhebung der Gewaltenteilung bedeutet und die unmittelbare Vorstufe zum Krieg ist. Egal, wie zahm Becher auch daherkommen mag. Wehret den Anfängen!

M.D.

Nein zur Wehrpflicht!
Eure Kriege – Ohne uns!

www.sdaj.org



Attraktive Gießener Innenstadt?

Es gibt positive Nachrichten aus der Gießener Innenstadt: Ein Rewe-Markt wird im Frühjahr 2026 im ehemaligen Depot-Markt eröffnet. Ansonsten gibt es allerdings massig Leerstände in der Innenstadt im City Center sowie im Neustädter Tor. Nach wie vor wird der klassische Einzelhandel von Handyläden, Fast-Food-Imbissen und Billig-Shops verdrängt. Eine Strategie seitens der Stadt ist nicht erkennbar. Das *Vorzeigeobjekt* Kita Seltersweg hat es wegen seiner Fehlplanung sogar ins Schwarzbuch des Steuerzahlerbundes geschafft!

Die „Allianz für einen freien Sonntag“ schlug kürzlich vor, dass alle Akteure der Innenstadt einen Runden Tisch bilden und dann ergebnisoffen Ideen entwickeln. Die Belebung der Innenstadt durch Einzelhandel, Wohnen und Gastronomie als Vorschlag der Politik hört sich zunächst gut an, doch wer möchte schon ne-

ben einer Kneipe oder dergleichen wohnen?

Auch die uneinheitlichen Öffnungszeiten sind kein Ruhmesblatt. Los geht es in der Innenstadt morgens teils um 7 Uhr, bis dann der letzte Laden um 10 Uhr öffnet. Abends das gleiche Bild: Zwischen 17 Uhr und 20 Uhr wird geschlossen. Samstags ist es noch abenteuerlicher: Ab 7 Uhr öffnen und ab 14 Uhr schließen die ersten. Da fährt der Kunde doch gleich ins Forum nach Wetzlar, wo unter einem Dach auch gleiche Öffnungszeiten gegeben sind. Vorschlag: einheitliche Kernöffnungszeiten – zumindest in der Innenstadt (Beispiel: alle haben mindestens zwischen 9 und 18 Uhr geöffnet). Dann können sich auch die Kunden orientieren und diese Kernzeiten können beworben werden.

Nach dem gerichtlich gescheiterten Verkehrsversuch ist ein Konzept

zur Steuerung des Verkehrs für die Innenstadt nicht erkennbar, obwohl es eigentlich gute Voraussetzungen gäbe.

Die Innenstadt ist mit dem Bus gut erreichbar, auch die Parkhäuser befinden sich alle am Anlagenring. Trotzdem versuchen immer noch jede Menge Besucher die Innenstadt per Auto zu erreichen und auch dort zu parken. Hier muss angesetzt werden. Denn immer noch gibt es Bereiche (wie Neustadt / Bahnhofstraße / Neuen Bäume / Johannesstraße / Dammstraße / Walltorstraße), die man nicht mit dem Pkw anzufahren braucht. Besser wäre es, Radfahren und kostenlosem ÖPNV Vorrang zu geben. Auch ein Shuttle-Verkehr von den Parkplätzen Messeplatz und Hessenhallen wäre sinnvoll.

Helmut Appel

Friedenspreise für eine Putschistin und einen Kriegshetzer

Wie schlecht es um die Friedensbereitschaft in den NATO-Ländern steht, zeigt die Vergabe von sogenannten Friedenspreisen. Den Nobelpreis erhielt Maria Corina Machado. Angeblich hat sie die demokratische Opposition in Venezuela geeint. Ihren Preis hat sie umgehend ihrem Idol Trump gewidmet, der dieses Jahr noch leer ausging. Machado hat 2002 einen Putsch gegen den gewählten Präsidenten Hugo Chavez unterstützt. Dieser entging seiner geplanten Ermordung nur, weil das Volk und der größte Teil der Armee ihn befreiten. 2019 forderte sie ein Eingreifen der USA, um den gewählten Präsidenten Nicolás Maduro zu stürzen. Dessen Sturz will sie auch jetzt noch, sie befürwortet einen Einsatz der US-Armee in ihrem Land. Sie billigt auch, dass die US-Flotte Fischerboote versenkt und die Besatzungen ertrinken lässt. In Venezue-

la will sie ein Regime einführen, das dem von Milei in Argentinien gleicht: weg mit Bildung und Krankenversorgung für Arme, weg mit Arbeiterrechten und Sozialleistungen, alle Macht und aller Reichtum allein für die Oberschicht.

Der Friedenspreis des deutschen Buchhandels wurde in den letzten vier Jahren dreimal an eine Person vergeben, die einen Krieg gegen Russland fordert. 2022 war es der Schriftsteller Serhij Zhadan, 2024 die Publizistin Anne Applebaum, dieses Jahr der ehemalige Maoist Karl Schlögel (siehe Artikel unten). Sie haben gemeinsam, dass sie Russen für Barbaren halten, die nur durch Gewalt in Schach gehalten werden können. Bei solchen Friedenspreisträgern könnte man meinen, George Orwells „Großer Bruder“ hätte die Macht ergriffen.

Gernot Linhart



Jetzt
6 Wochen
kostenlos testen.
Oder direkt
abonnieren!

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP

„Dass Du Dich wehren musst, wenn Du nicht untergehen willst, wirst Du doch einsehen“ (Bertolt Brecht)



Sagen
was
ist!

Tel.: 0201 177889-15
abo@unsere-zeit.de
unsere-zeit.de/abo/



Leserbrief: Friedenspreis des deutschen Buchhandels

Karl Schlögel war von 1972 bis zur Auflösung 1980 Mitglied der maoistischen KPD, ursprünglich KPD/AO. Er leitete dabei zeitweise auch das Zentralorgan des Kommunistischen Studentenverbands, „Dem Volke Dienen“. Die KPD erklärte 1975 die „sozialimperialistische“ UdSSR zum Hauptfeind. Nach wissenschaftlicher Karriere mit Professuren und zahlreichen Ehrungen, unter an-

derem dem Bundesverdienstkreuz am Bande 2005 und dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern 2019, hat er sich nun durch das Andienen an die herrschenden Interessen mit seinen Angriffen gegen die Befürworter von Diplomatie und Gesprächen mit Russland den Friedenspreis des deutschen Buchhandels verdient, wie UZ (Unsere Zeit) schreibt, dotiert mit 25.000 Euro.

Und sein Credo der Rede zu seiner Verleihung spottet jedem Friedenspreis: „Uns Europäern bleibt, so unwahrscheinlich es klingen mag: Von der Ukraine lernen heißt furchtlos und tapfer sein, vielleicht auch siegen lernen.“ Harald Römer

siehe auch: www.unsere-zeit.de/verwirklichung-des-friedensgedankens-4805938/

Krankenhäuser: Sparen, auch wenn es Leben kostet

Um die Hochrüstung und den Krieg in der Ukraine zu finanzieren, setzt die Bundesregierung an allen möglichen und unmöglichen Stellen den Rotstift an. Opfer der Sparpolitik sind einmal mehr die Krankenhäuser. 1,8 Mrd. Euro werden dort gestrichen. Angeblich sind Kliniken die schlimmsten Kostentreiber im Gesundheitswesen. Die Zahlen sagen etwas anderes. Die Kosten der Patientenbehandlung in Krankenhäusern betragen 33% der Gesamtausgaben, im Jahr 2010 waren es noch 38%. Im internationalen Vergleich sind die Krankenhauskosten

gemessen am Bruttosozialprodukt niedrig. Die Kliniken sind nicht der Grund für steigende Krankenkassenbeiträge. Diese Beiträge könnten deutlich niedriger sein, würde der Bund für Bürgergeldempfänger kostendeckende Beiträge bezahlen. Die seit Jahren abgeführten Beiträge für diesen Personenkreis decken nur etwa die Hälfte der durchschnittlichen Kosten pro Patienten. Der Rest muss von den berufstätigen Pflichtversicherten bezahlt werden. Die Privatversicherten tragen nichts dazu bei. Nach Aussagen von Kennern des Kliniksystems werden die

Einsparungen zur Insolvenz von Krankenhäusern vor allem im ländlichen Bereich führen – und das kann Notfallpatienten das Leben kosten.

Von den Gewinnen, die private Klinikkonzerne als Dividenden an Aktionäre ausschütten, spricht niemand. Für alle Krankenhäuser zusammen dürften das weit mehr als die 1,8 Mrd. Euro sein, die eingespart werden sollen.

Gernot Linhart
(Informationen aus junge welt vom 15.10. 2025)

Neuer Griff in unsere Taschen

Das Bundesinnenministerium hat verkündet, dass ein Personalausweis für Menschen über 24 Jahren in Zukunft 46 Euro kosten soll. Begründung: „kostendeckende Ausgestaltung der Gebühr für die Beantragung“. Die Behörde selbst hat berechnet, dass damit Kosten von ungefähr 9,8 Mio. Euro für Bürgerinnen und Bürger entstehen. Bis zum 31.03.1987 war die Ausstellung eines Personalausweises **kostenfrei**, ab dem 01.04.87 kostete die Ausstellung 10 DM. Ab dem 01.11.2010 stiegen die Kosten auf 28,80 Euro, um ab dem 01.01.2021 auf 37 Euro angehoben zu werden. Nun kommt der nächste Griff in unsere Taschen: 46 Euro für die Erstellung eines Personalausweises. Die Reichen werden immer reicher und die Rüstungsausgaben explodieren. Abkassiert wird dafür auch im Kleinen.

Harald Römer

Datum	Kosten
bis 31.07.1987	kostenfrei
bis 2001	10 DM
bis 2010	8 Euro
bis 2021	28,80 Euro
heute	37 Euro
demnächst	46 Euro

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; **verantw.:** Gernot Linhart, erscheint monatlich.

Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an: Gießener Echo / DKP Gießen Postfach 110340, 35348 Gießen oder E-Mail: giessen@dkp.de Internet: www.giessen.dkp.de

Der schleichende Ausnahmezustand

In einem Interview mit dem Handelsblatt vom 29.9.2025 fordert der CDU-Politiker Roderich Kiesewetter, Deutschland solle den Spannungsfall ausrufen. Der Kriegstreiber Kiesewetter überschreitet hier eine Grenze, an deren Ende der „Verteidigungsfall“ – also Krieg – steht. Parallel dazu ist vor allem in den ostdeutschen CDU-Landesverbänden eine Diskussion entbrannt, an deren Ende der Einsturz der „Brandmauer“ gegenüber der AfD steht. Die Heimatfront muss geschlossen werden und die AfD eingebunden werden. Alles hat das Ziel, die Kriegsvorbereitungen und die Militarisierung der Gesellschaft voranzutreiben.

Der Begriff des Spannungsfalls ist in den Notstandsgesetzen von 1968 als eine Vorstufe zum Verteidigungsfall definiert. Im Verteidigungsfall handelt die Regierung weitgehend ohne parlamentarische Kontrolle. Soweit sind wir noch nicht. Aber auch der Spannungsfall erweitert die Befugnisse der Bundesregierung enorm: Anwendung von besonderen Rechtsvorschriften, Mobilmachung, Produktionslenkung, Einschränkungen des Postgeheimnisses, der freien Berufswahl, der Freizügigkeit, Zentralisierung der Verwaltung, Eingriffe in Presse, Rundfunk, Telekommunikation und die Vorbereitung des Verteidigungsfalls. Die Ausrufung des Spannungsfalls bedeutet also die Schaffung einer Grauzone zwischen Krieg und Frieden. Wie gesagt, diese Forde-

rung kommt von einem CDU-Politiker. Als die Notstandsgesetze 1968 verabschiedet wurden, waren Massenproteste vorangegangen. Auch die Gewerkschaften waren dagegen und sprachen von einer Neuauflage des faschistischen Ermächtigungsgesetzes von 1933. Die große Koalition aus SPD und CDU peitschte diese Gesetze, trotz aller Proteste, durch den Bundestag.

War es damals noch die kommunistische Bedrohung, so genügen heute schon Drohnensichtungen zur Etablierung des Ausnahmezustands.

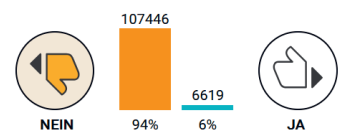
Die Ausrufung des Spannungsfalls ist nichts anderes als der Weg in die Diktatur oder, wie es der Kronjurist des „Dritten Reichs“, Carl Schmitt, formuliert hätte, der Weg in den Ausnahmezustand. Die Grundrechte werden ausgehebelt. Dafür gilt es gemeinsam auf die Straße zu gehen.

Henning Mächerle

Wollen wir Krieg oder Frieden?

Eine Umfrage im Internet unter:
www.krieg-oder-frieden.de

5/11 Bereitschaft Kriegsvorbereitung
Sind Sie damit einverstanden, Rüstungsausgaben in Höhe von mehreren hundert Milliarden Euro mitzutragen?
▼ Mehr



“Wer gegen Nazis kämpft, kann sich auf den Staat nicht verlassen.”

Esther Bejerano

„Der Putin“ kann's nicht lassen

Es ist ruhiger geworden. Vor wenigen Wochen jedoch überschlugen sich ARD, ZDF und der mit ihnen gleichgeschaltete Blätterwald noch mit den mittlerweile gewohnten Schauernmärchen von Putins hybridem Krieg gegen die freie Welt und die Kräfte des Lichts. „Der Putin“, leiblicher Sohn des Satan, lässt nichts unversucht, um zu provozieren, Schaden anzurichten und die Verteidigungsfähigkeit der NATO auszutesten. Fast immer an oder in/über der Ostsee. Nicht ein einziges Mal legte einer der vorgeblich betroffenen Staaten Beweise vor, die Russland belasten könnten.

Erst hieß es, Schiffe der ominösen „Schattenflotte“, aus angeblich unversicherten schrottreifen Öltankern „vom Putin“, hätten Seekabel sabotiert. So dumm und böse ist der Barbar, dass er Handelsschiffe, die für den verbliebenen Außenhandel unter Embargobedingungen notwendig sind, für Sabotageakte aufs Spiel setzt. Die Vorwürfe lösten sich in Luft auf, beschlagnahmte Schiffe und deren widerrechtlich internierte Besatzungen mussten freigegeben werden. Wer sich ein wenig mit der Materie beschäftigt,

kann wissen, dass es im internationalen Seehandel gar keine unversicherten Schiffe geben kann.

Es folgten die angeblichen Luftraumverletzungen durch Drohnen und Kampfflieger. Tatsächlich fiel eine Anzahl Geran-Drohnen aus russischer Produktion auf polnische Äcker. Ein Wohnhaus wurde beschädigt, durch eine „Russendrohne“, wie Schlagzeile um Schlagzeile behauptete. Als die polnische Seite zugab, dass der Schaden auf eine fehlgeleitete NATO-Flugabwehrrakete zurückging, schaffte es diese Meldung nicht mehr auf die Titelblätter. Übrig blieben die Drohnen. Für die Medien gab es nur eine Ver-

sion: „Putin“ hat sie losgeschickt, wahlweise als Provokation oder als Test der polnischen Flugabwehr. Von der Möglichkeit, die ukrainische Seite könnte Beute-Drohnen losgeschickt haben, als erneuter Versuch, die NATO zur direkten Kriegsbeteiligung zu bewegen, kein Wort. Fakt ist, dass es der ukrainischen Armee immer wieder gelingt, russische Drohnen mittels NATO-EloKa unbeschädigt zu Boden zu bringen.

Als vorläufig letzten Coup schaffte es „der Putin“, skandinavische Flughäfen und sogar den Frankfurter Flughafen stundenweise lahmzulegen. Mysteriöse Drohnen hatten sich am Himmel gezeigt, höflicherweise mit Beleuchtung. Sonnenklar, dass das der „Russe“ war. Dass die norwegische Polizei drei Deutsche als Verursacher festnahm, konnte man, wenn überhaupt, auf einer der hinteren Seiten unter „Vermischtes“ lesen. Auch in Frankfurt stellte sich heraus, dass wohl ein Spaßvogel seine private Drohne ausprobiert hatte.

Ähnlichkeiten mit dem inszenierten „polnischen“ Angriff auf den Rundfunksender Gleiwitz sind weder zufällig, noch beabsichtigt. Sie sind unübersehbar.

Michael Drees



Kriegspropaganda auf allen Kanälen

Die deutschen Medien sind in Kriegslaune, besonders der öffentlich-rechtliche Rundfunk. Auf allen Kanälen schallt es: Aufrüstung, Kriegstauglichkeit, wir müssen uns gegen die Russen wehren, das *Ungeheuer* Putin und bis 2029 – oder war es 2030 – steht Putin vor Berlin. Krieg ist zwar schlimm, aber notwendig, lautet das Motto. Alle Register der Kriegspropaganda werden gezogen: Wir wollen keinen Krieg, Schuld sind immer die Russen, Putin ist der Teufel, wir kämpfen für die Menschenrechte und wer daran zweifelt, ist ein Verräter. Den ach so friedens-

liebenden und bequemen Deutschen muss das Kriegshandwerk wieder beigebracht und schmackhaft gemacht werden. Carsten Schmiester am 13.11.2023 im Deutschlandfunk zur sogenannten Kriegstüchtigkeit: „Diese drastische Wortwahl des Verteidigungsministers katapultiert die Deutschen aus der Komfortzone der vergangenen friedlichen Jahre“. Pistorius habe zwei Dinge bewirkt: „Die sicherheitspolitische Neuorientierung Deutschlands und eine bessere Bundeswehr. Pistorius hat damit – zur Unzeit – genau das Richtige gesagt.“

In dieselbe Richtung geht Philip Eppelsheim in der FAZ vom 27.12.2023: „Verteidigungsminister Boris Pistorius hat recht, wenn er die Aussetzung der Wehrpflicht als Fehler bezeichnet. Die Bundeswehr muss kriegstüchtig, das Land abwehrbereit werden.“ Mehr Kriegsgeschäft muss her, darin sind sich die herrschende Klasse und ihre journalistischen Arschlecker einig.

Natürlich soll das Geld nicht von den Reichen kommen, sondern von uns allen, den Lohnabhängigen –

Fortsetzung auf S. 8

den Menschen, die mit ihren Steuern den Laden hier ohnehin finanzieren. Aber dies wird so nicht gesagt. Die aufblühende Rüstungsindustrie beschert uns angeblich sichere industrielle Arbeitsplätze. Die Aufrüstung würde uns allen nutzen, nicht

nur den Geldsäcken, die noch reicher werden. Alle wirtschaftlichen Studien sagen aber das Gegenteil: Im Jahr 2020 ergab die Metastudie „Military Expenditures and Economic Growth“, dass hohe Rüstungsausgaben insgesamt einen über-

wiegend negativen Effekt auf das Wirtschaftswachstum haben. Die Rüstung dient nicht uns. Sie dient den nächsten Kriegen, um die letzten Ressourcen des Planeten zu erobern und die BRD will dabei sein.

Henning Mächerle

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** erlebten die Studenten der Gießener Universität bei ihrer Rückmeldung eine böse Überraschung. Statt wie vorher 90 mussten sie 210 DM **Einschreibgebühr** bezahlen. Gleichzeitig erhielten viele, die Leistungen aus dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) erhielten, neue Bescheide mit Kürzungen bis zu 300 DM. Die maximale Förderung betrug damals 500 DM, davon 80 DM als Darlehen. Der Darlehensanteil wurde im Jahr darauf auf 120 DM erhöht, eine Anpassung der Förderung an die Preisentwicklung gab es erst zwei Jahre später.

Vor **40 Jahren** beantragten die Fraktionen von SPD und Grünen im Stadtparlament, die Stadt Gießen symbolisch zur **Atomwaffenfreien Zone** zu erklären. Die FDP lehnte ab, Verteidigungspolitik sei Bundes-sache. Die CDU befürchtete, die

Bundesrepublik müsste aus der NATO austreten, wenn alle Städte und Kreise solche Beschlüsse fassen. Der Antrag wurde von der SPD/Grüne-Mehrheit angenommen – was man sich heute kaum noch vorstellen kann.

Vor **30 Jahren** wurden mit einer Änderung des **Ladenschlussgesetzes** die Öffnungszeiten für Läden und Kaufhäuser deutlich verlängert. Die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten wurden dadurch schlechter. Die DKP Gießen informierte in einer Veranstaltung mit dem damaligen Geschäftsführer der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Jörg Lüdde, über die Folgen der Gesetzesänderung.

Vor **20 Jahren** wollte die BBT-Thermotechnik, besser bekannt als **Buderus**, wegen Umsatzrückganges 200 von

800 Beschäftigten entlassen. Dem Betriebsrat und der Gewerkschaft IG Metall gelang es, stattdessen eine Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich auszuhandeln. Solche Kompromisse sind heute kaum noch erreichbar.

Vor **10 Jahren** beantragte Michael Beltz (DKP), damals Stadtverordneter der Gießener Linken, im Winter **keine Stromsperrn** mehr zu verhängen. SPD wie Grüne lehnten den Antrag ab. Angeblich gebe es genug Möglichkeiten, Stromsperrn abzuwenden. Trotzdem gibt es in Gießen etwa 300 Stromsperrn im Jahr. Auch ein vor drei Jahren auf Antrag von Martina Lennartz (DKP) beschlossener Härtefallfonds zur Vermeidung von Stromsperrn hat daran nichts verändert. Die Hürden für Zahlungen aus diesem Fonds sind zu hoch, um den Betroffenen zu helfen.



Termine

Fragen oder Anmeldungen an
giessen@dkp.de

Sa. 1.11. ab 10:30 Uhr:
Infostand DKP GI – Seltersweg /
Neuenweg vor TK Maxx

Di. 4.11. um 18 Uhr:
Treffen des Wahlbündnisses GSF
– Ort bitte erfragen

Mi. 5.11. um 19 Uhr:
Treffen Friedensnetzwerk –
DGB-Dachsaal

So. 9.11. um 17 Uhr:
Mahngang zur Reichspogrom-
nacht – vor dem Rathaus

Mi. 12.11. um 19 Uhr:
Gruppenabend DKP Gießen –
Ort bitte erfragen

Do. 13.11. ab 19 Uhr:
"Warum ist die AfD so gefährlich?"
mit Jürgen Lloyd – Vortragsraum,
Kongresshalle

Fr. 14.11. ab 18 Uhr:
"Wo hat die Volksfront je ge-
siegt?", KP – Winchester-Zimmer,
Kongresshalle

Do. 20.11. um 17:30 Uhr:
Kundgebung zum Antrag "Stele für
Ria Deeg" (StVV ab 18 Uhr) –
vor dem Rathaus

Do. 20.11. um 19 Uhr:
"Die AfD und die Krise des
Kapitalismus" mit Henning
Mächerle – Anschlussverwendung

Fr. 21.11. um 17:30 Uhr:
"Zur Ästhetik des Widerstands",
Kunstklasse – Georg-Büchner-
Saal, Bismarckstr. 37

Sa. 22.11. ab 10:30 Uhr:
Infostand Wahlbündnis GSF –
Seltersweg am Kugelbrunnen

Di. 25.11. um 17:30 Uhr:
Aktion am Tag gegen Gewalt an
Frauen – Seltersweg / Löwengas-
se vor Köhler

Mi. 26.11.:
Redaktionsschluss Dez.-Echo

Fr. 28.11. ab 19 Uhr:
Stammtisch DKP GI –
Chamäleon, Reichensand 9

Sa./So. 29./30.11.:
Demos gegen Gründung der AfD-
Jugend

Sa. 13.12. ab 19 Uhr:
Jahresabschlussfeier –
Ort wird noch bekannt gegeben

Mach mit! Werde Mitglied in der **DKP oder **SDAJ****